

Kritik am Rentensystem

Die Enteignung von Eltern und Jugend

Angeblich bedroht der „demografische Wandel“ unser Rentensystem, doch er ist vor allem die Folge eines Konstruktionsfehlers im Rentensystem selbst. Das einseitige Umlageverfahren benachteiligt Eltern gegenüber Kinderlosen. Das machte „Familie“ zum Verlustgeschäft und das Kinderkriegen unattraktiv. Sämtliche Bundestagsparteien schweigen dieses Problem tot.

von Dr. Johannes Resch

Als im 19. Jahrhundert die Grundlagen für die Volkswirtschaftslehre entstanden, blieb die Erziehungsleistung der Eltern unbeachtet, weil sie nicht handelbar war. Sie wurde innerhalb der Familie von den Eltern erbracht und zahlte sich auch wieder innerhalb der Familie in Form einer sozialen Sicherung der Eltern für Alter und Krankheit aus. Die Erziehungsleistung interessierte die Ökonomen genauso wenig wie der Gemüseanbau im eigenen Garten, weil es sich um reinen „Eigenbedarf“ handelte und kein Austausch mit der Außenwelt stattfand.

Die Nichtbeachtung der Erziehungsleistung von Eltern zeigt sich heute noch darin, dass sie nicht zum Bruttosozialprodukt (BSP) zählt, während dies bei Erziehungsleistungen von Betreuungseinrichtungen der Fall ist. Die Kinderbetreuung gilt dann als handelbare Dienstleistung, unabhängig davon, ob sie von den Eltern, vom Staat oder von einer Wohlfahrtsorganisation finanziert wird. Hier wird auch deutlich, wie problematisch internationale Vergleiche sind: Die skandinavischen Staaten gelten als „reich“, weil sie ein höheres BSP als Deutschland haben. Aber dort

erfolgt ein größerer Anteil der Kinderbetreuung außerhalb der Familie, zählt also zum BSP, während in Deutschland noch mehr Kinder von ihren Eltern betreut werden, was dann nicht zum BSP zählt.

Adenauers Rentenreform „bestraft“ das Kinderkriegen

Die erste Rentengesetzgebung führte im 19. Jahrhundert Otto von Bismarck ein, doch die bedeutete noch keine nennenswerte Veränderung für die soziale Situation, denn die Renten waren gering und wurden zudem erst ab dem 70. Lebensjahr gewährt, sodass sie bei der damals viel kürzeren Lebenserwartung nur einer kleinen Minderheit zugute kamen. Die hohen Staatszuschüsse bedeuteten außerdem eine Transferleistung der Steuern zahlenden Bürgerschicht an die Arbeiterschicht.

Mit der Rentenreform 1957 unter der damaligen Regierung von Konrad Adenauer veränderte sich die Situation der Eltern jedoch grundlegend. Der Rentenanspruch wurde einfach an den Erwerbsohn der Arbeitnehmer gebunden, während die Renten selbst im Umlageverfahren ausschließlich von den nachfolgenden Generationen finanziert werden. Letztlich bedeutet das aber,

dass die gesamte Altersversorgung ausschließlich von Eltern und ihren Kindern erarbeitet wird. Und nicht nur das: Die Eltern selbst erwerben meist geringere Ansprüche gegenüber den Kindern als Kinderlose, weil die Aufgabe der Kindererziehung die Zeit für Erwerbstätigkeit und eine berufliche Karriere erheblich beeinträchtigt.

Die Erziehung von Kindern wurde durch die Rentenreform für die Eltern von einer lohnenden Investition zu einer Frondienstleistung für die Gesellschaft. Kinder wirkten zwar weiterhin wie ein Sparbuch, auf das Eltern einzahlen; doch fortan konnten andere bevorzugt davon abheben.

Der geistige Vater des Umlageverfahrens, Wilfrid Schreiber, sah sehr wohl, dass es sich ethisch nur dann rechtfertigen lässt und auch nur dann funktionieren kann, wenn Eltern für ihre Leistung eine Gegenleistung erhalten. Er schlug daher eine dynamische „Kindheits- und Jugendrente“ als Gegenstück zur dynamischen Altersrente vor. Bei der politischen Umsetzung durch die CDU-geführte Regierung wurde

allerdings die Gegenleistung für Eltern unterlassen. Als Wähler waren Adenauer die Rentner wichtiger als die nicht wahlberechtigten Kinder.

Geburtenrückgang, Arbeitslosigkeit, Fachkräftemangel

Bis heute ist weder der Öffentlichkeit noch der Mehrheit der Ökonomen wirklich bewusst, was damals geschah. Das seit alters her sich auch wirtschaftlich lohnende „Unternehmen Familie“ war zu einer Institution abgewertet worden, die zwangsläufig zur relativen Verarmung führt. Darauf wurde im 3. und im 5. Familienbericht (1979 und 1994) noch nachdrücklich hingewiesen, doch dann erfolgte mit dem 7. und 8. Familienbericht (2006 und 2012) eine scharfe Wendung: Sie thematisierten die wirt-

„Der Unterhalt der alten Generation ist zu fast 100 % kollektiviert, derjenige der nachwachsenden Generation dagegen nur zu etwa 25 %. Dieses Ungleichgewicht schlägt sich auch in der demografischen Entwicklung nieder, und diese verschärft ihrerseits die Finanzierungsprobleme des Sozialsektors.“

Franz-Xaver Kaufmann, Stellvertretender Vorsitzender der Sachverständigenkommission für den 5. Familienbericht

schaftliche Lage der Familien nicht mehr. Vermutlich wurden hier die Gutachter von vornherein so ausgewählt, dass Kritik an der Familienpolitik nicht mehr zu erwarten war.

Mit der massiven wirtschaftlichen Abwertung waren auch die Voraussetzungen für die ideelle Abwertung der Familie geschaffen. Ideologen,

die die Familie schon vorher für überholt hielten, sahen sich bestätigt. Feministinnen konnten jetzt zutreffend darauf hinweisen, dass die Erziehungsleistung der Mütter zur Verarmung führt. Die Abnahme des Kinderwunsches war eine logische Folge. Es ist eine traurige Ironie der deutschen Sozialgeschichte, dass die Zerstörung der wirtschaftlichen und damit auch der ideellen Grundlagen der Familie ausgerechnet von der damals noch konservativen CDU ausging. Marxistische, feministische und neoliberale Ideologien haben seither nur zustimmende Hilfestellung geleistet.

Der rund zehn Jahre nach der Rentenreform einsetzende Geburtenrückgang wird gerne mit der „Pille“ erklärt. Die Meinungsumfragen aber zeigen, dass auch der Kinderwunsch massiv abgenommen hat. Die „Pille“ erleichtert aber nur die Verwirklichung der Kinderlosigkeit, kann jedoch nicht für die Abnahme des Kinderwunsches verantwortlich sein. Eine naheliegende Erklärung ist der durch den Gesetzgeber erzwungene Wandel der Familie vom Hort sozialer Sicherheit zum Armutsrisiko.

Die Ökonomen beachteten den Wandel der Erziehungsleistung von einer lohnenden Investition zum



Foto: Rilke / pixelio.de

Verlustgeschäft kaum. Tatsächlich handelt es sich um eine Enteignung: Der in der Familie erarbeitete Wert „soziale Sicherheit“ wird vom Staat außerhalb der Familie verwertet. Das hat Auswirkungen auf die Volkswirtschaft, die aber nur selten richtig erkannt werden. Dabei ist es naheliegend, dass die seit Beginn des Geburtenrückgangs über Jahrzehnte hohe Arbeitslosigkeit damit zusammenhängt: Wenn Erwerbsarbeit immer attraktiver (höhere Löhne, höhere Renten) und Erziehungsarbeit immer unattraktiver (kein Lohn, kaum Rente) wird,

dann löst das einen Run auf den Erwerbsarbeitsmarkt aus, wobei bei gleichzeitigem Geburtenrückgang der Arbeitskräftebedarf in vielen Bereichen (z.B. Lehrerinnen und Lehrer) sinkt. Langfristig führt der Rückgang der Kinder allerdings zum heute immer stärker in den Vordergrund tretenden Fachkräftemangel.

Diese einfachen Zusammenhänge werden auf der politischen Ebene systematisch verdrängt, von der CDU, weil sie sich vor der Aufarbeitung der eigenen Fehler scheut, von den anderen Parteien,

weil das zunehmende Versagen der Familien ihre eigenen Ideologien zu bestätigen scheint. Die deutsche Wirtschaft sieht zwar die Folgen des Fachkräftemangels, versucht aber nicht, die Ursachen zu beseitigen, sondern aus den Eltern die letzten Arbeitskraftreserven herauszupressen. Das von der Wirtschaft propagierte und von allen Bundestagsparteien gedankenlos übernommene Mantra „Vereinbarkeit von Familie und Beruf“ ist eine schönfärberische Umschreibung einer neuen Runde bei der rücksichtslosen Ausbeutung von Eltern.

Pseudowissenschaftliche Studien verbreiten das Märchen, Familien würden übermäßig mit Milliardenbeträgen „gefördert“ (siehe „Spiegel“ Nr. 6/2013 und Kritik dazu in „ÖkologiePolitik“ Nr. 158), dabei beträgt der ganze „Familienlastenausgleich“ tatsächlich nur etwa 30 % des Betrags, der den Eltern über die gesetzlichen Sozialversicherungen entzogen wird.

Umlageverfahren benachteiligt Kinder ihr ganzes Leben

Der zunehmende wirtschaftliche Druck auf Eltern, möglichst voll erwerbstätig zu sein, erstickt nicht nur den Kinderwunsch. Der Mangel an Zeit, die Eltern für ihre Kinder aufbringen können, erschwert die Bindung zwischen Eltern und Kindern und stellt nach allem, was wir heute wissen, ein erhebliches Risiko für die spätere soziale Entwicklung der Jugendlichen dar. So wird auch der Erziehungserfolg zunehmend gefährdet.

Neben dem Aufwachsen mit überforderten Eltern wird der jüngeren Generation im Erwachsenenalter dann auch noch die zunehmende Alterslast einer immer kinderärmeren älteren Generation aufgebürdet. Dies auf den Gebur-

tenrückgang zu schieben, scheint auf den ersten Blick plausibel, verhindert aber, das einseitige Umlageverfahren zulasten der Eltern selbst kritisch zu hinterfragen. Vor der Einführung unseres Rentenrechts mussten Menschen ohne Kinder selbst für ihr Alter vorsorgen und konnten sich nicht auf die Kinder

der Eltern sozusagen „wegzurationalisieren“, indem sie aus der Familie ausgelagert wird, um die Arbeitskraft der Eltern möglichst uneingeschränkt für die Interessen der Wirtschaft „verwerten“ zu können. Kurzfristig mag das erfolgreich sein, da infolge des größeren Arbeitskräfteangebots die

Es ist eine traurige Ironie, dass die Zerstörung der wirtschaftlichen Grundlagen der Familie ausgerechnet von der CDU ausging.

anderer Leute verlassen, wie das heute der Fall ist. Der Geburtenrückgang verschärft diese Problematik nur, ist aber nicht dessen eigentliche Ursache.

Anzumerken ist, dass die Enteignung von Eltern und Jugend nicht nur Folge der Gesetzlichen Rentenversicherung ist, sondern auch Folge der Gesetzlichen Pflege- und Krankenversicherung, weil erstere fast vollständig und letztere zu über

Löhne gedrückt werden können, um höhere Profite zu erzielen. Mittel- und langfristig wird es aber zu einer Qualitätsminderung der Erziehungsbedingungen führen, was sich wiederum zum Nachteil der Kinder und deren Leistungsfähigkeit auswirken muss. Um entsprechende Befürchtungen zu zerstreuen, wird gezielt das weitere Märchen propagiert, dass frühe Krippenbetreuung die Entwicklung

Die „Pille“ erleichtert die Kinderlosigkeit, kann jedoch nicht für die Abnahme des Kinderwunsches verantwortlich sein.

50% ebenfalls Altersversorgung ist, während die Krankheitskosten der Kinder im Vergleich dazu nur einen Bruchteil ausmachen.

Aktuelle Politik bietet keine langfristige Perspektive

Die Enteignung von Eltern und Jugend, die zumindest in Deutschland eine zentrale Ursache heutiger sozialer und auch ökonomischer Probleme ist, wird von der Politik nicht thematisiert. Sie versucht stattdessen, die Erziehungsleistung

der Kinder begünstige. Mit der Finanzmacht der Wirtschaft lassen sich selbst solche, allen wissenschaftlichen Erkenntnissen widersprechende Behauptungen in den Medien als „Wahrheit“ verkaufen.

Die staatlich geförderte bis erzwungene außerfamiliäre Kinderbetreuung wird aber auch den Geburtenrückgang weiter fördern, weil sich nur eine Minderheit von meist gut verdienenden Eltern eine Krippenbetreuung wünscht. Die Mehrheit der Eltern würde ihre

WEITERE INFOS

Johannes Resch
Vom Generationenvertrag zum Generationenbetrug
 Hintergründe, Folgen, Auswege
 März 2011, 49 Seiten, Download kostenfrei
www.johannes-resch.de ->
 Generationenbetrug



Kinder zumindest in den ersten Lebensjahren lieber selbst betreuen, wenn sie über die Mittel verfügen könnten, die eine Krippe kostet. Wird das durch wirtschaftlichen Druck, z.B. durch Benachteiligung beim Elterngeld und die einseitige Krippenförderung, immer weiter erschwert, sinkt der Wunsch nach Kindern weiter.

Nötig ist eine Korrektur der falsch gestellten Weichen

Als Konsequenz ergibt sich, dass die Familie als Lebensform keine Zukunft mehr hat, solange die grundfalsche Weichenstellung von 1957 nicht korrigiert wird. Da eine völlige Abkehr vom Umlageverfahren bei der Gesetzlichen Rentenversicherung als unrealistisch zu betrachten ist, kommt nur eine



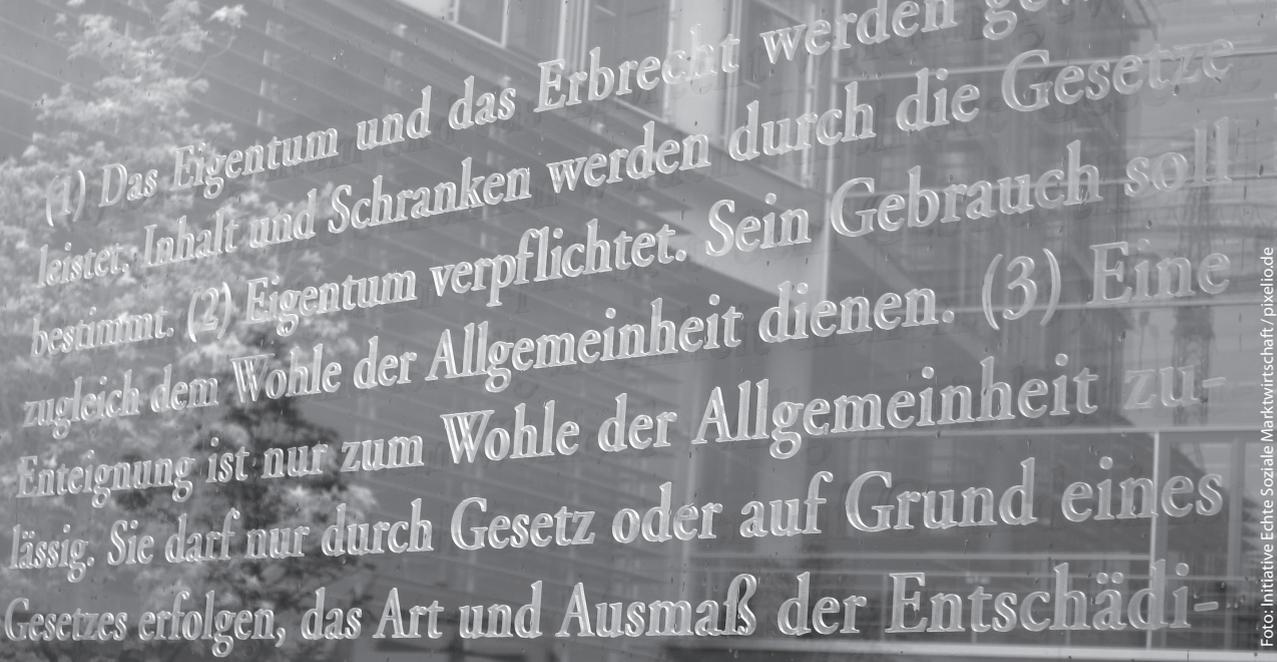


Foto: Initiative Echte Soziale Marktwirtschaft/pixelio.de

zumindest teilweise Finanzierung der Kindererziehung durch die Allgemeinheit als Gegenleistung für Eltern infrage. Mit anderen Worten: Das Umlageverfahren muss in dem Ausmaß zugunsten der Kinder ausgebaut werden, wie es zugunsten der Rentner erhalten bleibt. Anzustreben ist, dass es „unterm Strich“ zu keiner Umverteilung zulasten der Eltern mehr kommt. Würde das erreicht, wäre zugleich auch die Überforderung der jungen Generation behoben, da sich dann entweder die Kinderlosen an den Kinderkosten angemessen beteiligen oder sie für ihr Alter durch Ansparen

tumsökonomie“ oder die „Gemeinwohlökonomie“, werden nicht um eine Korrektur der falschen Weichenstellung von 1957 herumkommen. In diesem Zusammenhang ist vor allem das Streben nach allgemeiner Verkürzung der Arbeitszeit kritisch zu sehen.

Es gibt heute im Erziehungs- und Pflegebereich eine Fülle von Arbeit, die nicht oder nur unzulänglich geleistet wird, weil sie nicht bezahlt wird. Dazu gehören nicht zuletzt auch die von den Eltern geleistete Erziehungsarbeit und die Pflege von hilfsbedürftigen Angehörigen. Diese Arbeit muss im Interesse ei-

der Arbeitszeit stehen als eine bessere Verteilung der Bezahlung von Arbeit. Das Ziel einer Begrenzung des Ressourcenverbrauchs wäre auch dann zu erreichen.

Bessere Betreuung, Erziehung und Pflege mögen zwar das BSP erhöhen, nicht aber den Verbrauch von Energie und Rohstoffen. Erfolgt eine diesbezügliche Korrektur nicht, werden auch alle auf nur ökonomische Nachhaltigkeit zielenden Wirtschaftskonzepte an sozialen Problemen wie der Qualitätsminderung der Kindererziehung und der Überforderung unserer Sozialsysteme scheitern. ■

Das Mantra „Vereinbarkeit von Familie und Beruf“ ist eine Umschreibung für die rücksichtslose Ausbeutung von Eltern.

von Kapital selbst Vorsorge treffen müssten.

Auch neuere Wirtschaftskonzepte, die zugunsten einer ökonomischen Nachhaltigkeit auf Wirtschaftswachstum verzichten wollen, wie etwa die „Postwachs-

ner sozialen Nachhaltigkeit in den gesamten Arbeitsmarkt als bezahlte Arbeit eingegliedert werden, wenn das Umlageverfahren bei der Altersversorgung zumindest zum Teil erhalten bleiben soll. Zur Diskussion sollte also weniger eine Verkürzung

Dr. Johannes Resch, Jahrgang 1940, studierte Medizin und arbeitete 20 Jahre als Leitender Arzt eines Versorgungsamts. Seit 1998 ist er Mitglied der ÖDP-Bundesprogrammkommission und war von 2008 bis 2010 ihr Sprecher. Zurzeit ist er Sprecher des Bundesarbeitskreises „Familie, Soziales, Gesundheit“.



www.johannes-resch.de

Kritik an Norbert Blüm

Lautes Klagen, aber keine Ursachenanalyse

Konservative Politiker beklagen gerne den Verfall der Familie, blenden dabei aber völlig aus, dass ihre Politik dafür maßgeblich mitverantwortlich ist. Sie scheinen blind für die wirtschaftlichen Grundlagen der Familie.

von Dr. Johannes Resch

Norbert Blüm, von 1982 bis 1998 Bundesminister für Arbeit und Sozialordnung, beklagt in seinem viel beachteten Beitrag „Von Liebe bleibt der moderne Mensch verschont“, erschienen in der Süddeutschen Zeitung vom 6. Mai 2013, den Verfall der Familie. „Kinder werden vom Staat betreut – und der Gesetzgeber fördert das“, schreibt er. „Der neue Mensch wird nie und nirgends von der Liebe berührt.“ Und: „Die Gesellschaft verliert ihren Zusammenhalt“ – über die Ursachen dieser Entwicklung schweigt er sich aber aus.

Blüm prangert zu Recht eine besorgniserregende Entwicklung an, unterschlägt aber die Tatsache, dass er selbst in hohem Maße dafür mitverantwortlich ist. In der Regierung Helmut Kohl vertrat er als Minister über 16 Jahre lang eine Sozialpolitik, die der Familie regelrecht die wirtschaftliche Grundlage entzog. Sähe er das ein, wäre seine Erkenntnis ein großer Gewinn. So aber sind seine Gedanken nur ein Schulbeispiel weltfremden konservativen Denkens, das den Zusammenhang zwischen veränderten gesetzlichen Regelungen und neuen, daraus folgenden Wertvorstellungen nicht begreift. Während Ältere auch bei ge-

änderten Bedingungen dazu neigen, ihre erlernten und verinnerlichten Wertvorstellungen beizubehalten, stellt sich eine neue Generation auf die neue Situation ein.

„Ehe und Familie sind die großen Stabilisatoren der Evolution“, schreibt Blüm, übersieht aber, dass sich diese Stabilität aus der „Liebe“ speiste, die Folge des Gebens und Nehmens zwischen Eltern und Kindern war. Eltern sorgten für ihre Kinder und wurden im Gegenzug im Alter wieder von ihnen versorgt. Erst die Sozialpolitik

Konrad Adenauers, die von Blüm konsequent fortgeführt wurde, hat diese Beziehung zerstört. Erst durch die Bindung der Alterssicherung an Erwerbsarbeit wurde Kindererziehung zum Frondienst für die ganze Gesellschaft.

Der heutige „Familienlastenausgleich“ beträgt höchstens ein Drittel dessen, was den Eltern durch die gesetzlichen Versicherungen entzogen wird. Bleibt diese Enteignung bestehen, wird die Familie nicht überleben können. Wenn gesetzliche Absicherungen von Alter, Krankheit und Pflege im Umlageverfahren von den Kindern zu finanzieren sind, muss es als Gegenleistung ein vergleichbares Umlageverfahren für die Erziehungs- und Sachkosten der Kinder zugunsten der Eltern geben. Das gegenwärtige System zerstört zwangsläufig die Familie, die „Liebe“ zwischen Eltern und Kindern – und damit unsere Gesellschaft. ■

Der Artikel Norbert Blüms lässt sich im Internet nachlesen:

» www.sueddeutsche.de → Suche: Von der Liebe bleibt der moderne Mensch verschont

Süddeutsche.de Politik

Politik Panorama Kultur Wirtschaft Sport München Bayern Digital Auto Reise Video mehr ▾

Home Politik Ehe und Familie - Von der Liebe bleibt der Mensch verschont Hinweis nicht

Süddeutsche.de als Startseite einrichten

6. Mai 2013 11:02 Ehe und Familie

Von der Liebe bleibt der moderne Mensch verschont

Geheiratet wird nur noch auf Zeit, Kinder werden vom Staat betreut - und der Gesetzgeber fördert das. Der neue, erfolgreiche Mensch wird nie und nirgends von der Liebe berührt. Damit verliert die Gesellschaft ihren Zusammenhalt.

Ein Gastbeitrag von Norbert Blüm

Diskutieren
Versenden
Drucken

Ehe und Familie sind die großen Stabilisatoren der Evolution. Selbst den Katastrophen der Natur und in den revolutionären Umbrüchen hielt der familiäre Kern des Zusammenlebens stand. Weder Robespierre noch Hitler, Stalin, Mao oder Pol Pot schafften es, die Familien zu eliminieren, so sehr sie sich auch darum bemühten. Ehe und Familie haben alle Frontalangriffe überlebt.

Bedrohlicher als die gewaltsamen Versuche von gestern sind möglicherweise die